

60/AB

Auf die - .aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit in Kopie beigeschlossene - schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Hermann Böhacker und Genossen. vom 31. Jänner 1996, Nr. 63/J , betreffend Einführung der EU-Reisepässe, beehre ich mich, folgendes mitzuteilen:

Zu 1. bis 23.:

Die Bearbeitung der gestellten Fragen fällt nicht in die primäre Zuständigkeit des Bundesministeriums für Finanzen, sondern in jene des Bundesministeriums für Inneres. Hinsichtlich der in der Präambel zur Anfrage angesprochenen Novelle der Bundesverwaltungsabgabenverordnung liegt die Kompetenz beim Bundeskanzleramt. Ich ersuche um Verständnis, daß deshalb keine inhaltliche Stellungnahme abgegeben werden kann.